Bezugspreis:

Bezugspreis: 30.- M., monatlich 10.- M.,
frei ins Haus, vorwärts schickt. Post-
bezugs: monatlich 10.- M., erst Be-
stellungsgeld. Innerhalb Deutschlands
und Österreich 16.70 M., für das
übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M. Be-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetroffen in
die Post-Leitungs-Veranstaltung.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal. Sonntags und Feiertags
einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Kurt Morosian, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 3. September 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Kurt Morosian, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Anzeigenart ist die
„Kleine Anzeigen“, die mit
jedem Wort 1.- M. (zwei- bis drei-
malige Wörter), jedes weitere
Wort 0.50 M., Stellenanzeigen und
Schulungsanzeigen das erste Wort
1.50 M., jedes weitere Wort 0.50 M.,
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Inseratgebühren 50%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2.- M., politische und so-
zialistische Vereine 1.- M., die Zelle ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Sonntagsblatt Berlin S.W. 3, Linden-
str. 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Moskau nimmt Riga an.

Joffe, russischer Delegationsführer.

Warschau, 3. September. (Z.) Die Presseabteilung des
Ministeriums des Äußeren teilt mit: Am 2. September morgens
traf in Warschau folgender Funkpruch aus Moskau ein.

An den Minister des Äußeren Sapieha, Warschau.

Um alle Hindernisse, die den Abschluß des Friedens zwischen
Sowjetrußland und der Ukraine und Polen hinauszuschieben, aus dem
Wege zu räumen, nehmen die Sowjetregierungen Rußlands und
der Ukraine angedeutet der Zustimmung der lettischen Regierung
Riga als Verhandlungsort mit Polen an. Dabei wird
die Bedingung gestellt, daß die persönliche Immunität der
russischen und ukrainischen Delegation sowie die ihres Hilfspersonals
durch die lettische Regierung garantiert wird. Selbstverständlich ist
auch die Gewährung der Verbindungsfreiheit zwischen der Sowjet-
delegation und ihrer Regierung durch Funksprache und Kurier,
bereits von jeder Revision frei sein müssen. Beide Sowjet-
regierungen erwarten nur die Antworten der lettischen Regierung,
um dann ihre endgültige und verbindende Zusage zu geben. Gleich-
zeitig wird die polnische Regierung davon verständigt, daß Adolf
Joffe Vorsitzender der neuen russisch-ukrainischen Delegation
für Riga ist. Es wird erbeten, daß die polnische Regierung unter-
stützt die Zusammenführung ihrer Delegation mitteilt. Die russische
Delegation ist im Besitz ausreichender Vollmachten, die nicht nur
zur Schlichtung des Waffenstillstandes und der Friedens-
praktikationen, sondern auch zum Abschluß der endgültigen
Friedensverhandlungen berechtigen. Sobald die Zusage der letti-
schen Regierung einläuft, wird sich die russische Delegation an den
neuen Verhandlungsort begeben.

g. J. Volkstommissar Tschitscherin.
Kommissar des Äußeren der Ukraine Rakowski.

Daraufhin hat Außenminister Sapieha den polnischen Bot-
schafter telegraphisch angewiesen, die Zusage der lettischen Re-
gierung über die genannten Forderungen bringen nachzusuchen.
Ferner soll der polnische Gesandte in Riga Tschitscherin und die
polnische Regierung sofort über die Antwort Lettlands in Kenntnis
setzen.

Balfour an Kamenev.

London, 2. September. In einer Note vom 26. August
brückt Balfour seine Befriedigung darüber aus, daß die
Sowjetregierung auf ihrer Forderung auf Errichtung einer pol-
nischen Arbeitermiliz nicht bestohe, und stellt in Abrede,
daß die britische Regierung die Beschränkung der polnischen Armee
auf 50 000 Mann als eine gerechte Friedensbedingung anerkannt
habe. Balfour erklärt, daß diese Bedingung weder von der britischen
Regierung noch vom englischen Volk als Grund zu einem Ein-
greifen angesehen werde. Die Note betont, daß England einen be-
waffneten Konflikt mit Sowjetrußland nicht
wünsche, daß es aber auch die Unabhängigkeit Polens
unbedingt gewahrt wissen wolle.

Die englische Streikgefahr.

Offizieller Optimismus.

London, 2. September. Reuters meldet: Es braucht nicht an-
genommen zu werden, daß der Beschluß der Vergleiche, die
Streikverhütung abzugeben, bedeutet, der Streik sei unvermeid-
lich. Die Abmilderungen machen nicht vor dem 23. September fällig
sein, und inzwischen kann viel geschehen. Es wird zwar erklärt,
daß es von selten der Vergleiche kein Entgegenkommen und kein
Kompromiß gebe, doch hält man es für sicher, daß die anderen Ge-
werkschaften, besonders der Parliamentsausschuß des Gewerkschafts-
kongresses, der heute abend in Portsmouth zusammentritt, ver-
gnügte Anstrengungen machen werden, um den Frieden zu er-
halten.

Ausperrung in der Maschinenbauindustrie.

London, 2. September. Wie Reuters erfährt, sind die Ver-
handlungen, deren Ziel die Vermeidung einer allge-
meinen Ausperrung in der Maschinenbau-
industrie war, noch einer Konferenz zwischen Vertretern der
Gewerkschaften und der Arbeitgeber gescheitert. Die Aus-
sperrung wird Ende der Woche beginnen.

Nach die amerikanischen Grubenarbeiter, die unzu-
frieden mit der ihnen gebotenen Lohnsteigerung sind, sollen einer
Bariker Meldung aus New York zufolge den Streik beschlossen
haben.

Kattowitzer Tumultschäden.

Kattowitz, 2. September. (Z.) In der gestrigen Stadtver-
ordnetenversammlung wurde vom Magistrat mitgeteilt, daß bisher
schon 2 Millionen an Schadenersatzforderungen ein-
geregelt worden sind, zu deren Zahlung die Stadt auf Grund des
Tumultschadengesetzes verpflichtet sei.

Beabsichtigte Neutralitätsverletzung durch die Polen (?)

Die folgende Meldung, die die „Dena“ aus Danzig
erhalten haben will und verbreitet, muß mit dem größten
Vorbehalt aufgenommen werden:

Nach hochoffiziellen amtlichen Erklärungen der
Warschauer Regierung sollen die polnischen Truppen die Er-
laubnis erhalten haben, in voller Bewaffnung die östpreussische
Grenze zu überschreiten zur Durchführung der völ-
ligen Entwaffnung der übergetretenen russi-
schen Sowjettruppen. Diese Anordnung soll getroffen worden
sein im Hinblick auf die Unmöglichkeit der Durchführung der Ent-
waffnung durch deutsche Streitkräfte. Sonst wäre die Erlaubnis
erteilt worden ist, wird in den amtlichen Meldungen nicht verraten.
— Würde diese Meldung zutreffen, und es besteht kaum ein
Zweifel daran, da sie offiziell verbreitet wird, so würde es sich
um eine ungeheuerliche Verletzung der deutschen
Neutralität handeln. Man muß abwarten, ob das Auswärtige
Amt darüber freisinnig unterrichtet ist und was es dazu zu sagen hat.

Das Ganze klingt recht unwahrscheinlich, trotz
der sehr bestimmten Fassung, in der die „Dena“ diese Mel-
dung verbreitet. Es handelt sich vielleicht um einen polnischen
Versuch, Deutschland und Sowjet-Rußland in Konflikt zu
bringen.

Polens Friedensbedingungen.

London, 2. September. (Meldung des Holländisch Neuwä-
sbureaus.) „Daily Express“ meldet aus Warschau, daß Polen bei
den Friedensverhandlungen folgende Bedingungen stellen
wird: 1. Polen ist mit der Curzon-Linie als Basis der Unter-
handlungen einverstanden, wird aber seine Ansprüche auf eine Er-
weiterung in östlicher Richtung betonen. 2. Polen wird nicht ent-
waffnen, ehe die allgemeine europäische Abrüstung kommt. 3.
Gegenseitige Erschließungen und Wiederherstellungen
finden nicht statt. 4. Die Russen dürfen mit Deutschland
über die Linie Grajewo Handel treiben, aber nur unter pol-
nischer Kontrolle. Waffenhandlungen sind auf jeden Fall verboten.
5. Selbstbestimmungsrecht der kleinen Staaten, die
zwischen Polen und Rußland liegen. 6. Rückgabe alles polnischen
Eigentums, das während der zaristischen Regierung aus Polen ver-
schleppt wurde.

Tschitscherin hat laut „Times“, sich für die in dem Tages-
befehl des Oberkommandierenden erfolgten Verleumdungen der
polnischen Delegierten in Warschau entschuldigt und diese Ent-
schuldigung öffentlich in Warschau anhängen lassen.

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge sollen die Russen
bei Lemberg vollständig geschlagen und auf Brody
zurückgeworfen worden sein. Eine Befehle für Lemberg bestiehe
nicht mehr.

Neue Zusammenstöße in Frankfurt.

Wie wir in unserer Morgenausgabe berichteten, wurde der
Generalstreik in Frankfurt abgelehnt, und zwar wurde laut
Meldung des VZB, der Beschluß von dem Gewerkschaftsrat mit
83 gegen 20 Stimmen gefaßt.

Zu neuen Zwischenfällen kam es Donnerstag abend
am Eisenbahnhof vor, wo ein Trupp junger Leute in das Volks-
bildungsheim einbrach, in dem die Deutsche Volkspartei
eine Sondersitzung veranstaltete. Sie forderten die Auf-
lösung der Versammlung und besetzten die Eingänge. Als die
Besucher den Saal verlassen, mußten einige die Hände hochheben
und wurden untersucht. Als Sicherheitswehr eintraf, stob
die Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, auseinander. Es
wurden einige Schüsse abgegeben, doch steht noch nicht fest, ob
jemand verletzt wurde.

Guter Verhandlungsgang in Stuttgart.

Stuttgart, 2. September. (Z.) Die Verhandlungen der
Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern über die Besetzung
des Generalstreiks nehmen einen guten Fortgang und es ist,
wie verlautet, trotz der Weigerung der Daimler-Werke, sich
an den Verhandlungen zu beteiligen, heute eine Einigung zu
erwarten. Die Regierung erklärte, sie werde ihren Einfluß
geltend machen, daß die Daimler-Werke sich den Abmachungen
anschließen. Die Firma Daimler fordert, die Frage der von
ihm beabsichtigten Betriebsbeschränkung mit der General-
streikfrage zu verbinden, und sie verharret darauf, die Hälfte der Be-
schäftigten, etwa 1000 Arbeiter, nicht wieder einzustellen. Die Firma
ist wegen ihres abweichenden Standpunktes aus dem Metall-
industrieverband ausgestiegen. Die Zahl der Arbeitswilligen
keigt.

Kaumer an der Arbeit.

Aus Osnabrück wird uns geschrieben:

Eine Versammlung von hannoverschen und westfälischen
Kreisvertretern und Elektrizitätsindustriellen beschäftigte sich
dieser Tage hier mit einer Angelegenheit, die für die breite
Öffentlichkeit von großem Interesse sein dürfte.

Die Kreise Wittlage, Diepholz, Lübbecke, Solling in West-
falen, Verdenbrück, Melle, Osnabrück und Burg hatten kurz
vor dem Kriege mit der „Niederrheinischen Kraft-
werke-Aktiengesellschaft“ (Nife) einen Vertrag ab-
geschlossen, der namentlich für die ländlichen Bezirke sehr
günstig war; leider aber stieß die Durchführung dieses Ver-
trages auf immer größer werdende Widerstände. Zwar wurden
die dichter besiedelten Kreise und auch die außerhalb der ge-
nannten Kreise sich befindenden Großverbraucher mit Elektri-
zität versorgt, doch blieben vorzugsweise die landwirtschaftlichen
Kreise im Rückstand, und trotz aller Beschwerden und Proteste
wurde der Vertrag den Landkreisen gegenüber nicht erfüllt.
Dann kam der Krieg, und nunmehr hatte die Nife es leicht,
den vertraglichen Ausbau des Leistungsbereiches aufzuschieben.

Nach der Revolution traten die Kreisvertreter zusammen
und verlangten, daß die Nife nunmehr die vertraglich zu
bemernden Leistungen herstellen sollte. Demgegenüber aber
stellte die Nife Forderungen, deren Verwirklichung eine
Annulierung der früheren Verträge dargestellt hätte. So
kamen die Kreisvertreter immer mehr zu der Ueberzeugung,
daß nicht eher eine Versorgung der bäuerlichen Einwohner mit
Kraft und Licht erfolgen würde, als bis die Nife in
kommunalen Besitz übergegangen sei. Man
trat daher im Juli v. J. an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates
der Nife heran, um mit diesem über den Ankauf der Gesell-
schaft zu verhandeln. Nach der Bekanntgabe der Verkaufs-
bedingungen durch den Vorsitzenden waren die Kreisvertreter,
trotz des hohen Preises, entschlossen, den Kauf vorzunehmen,
wenn das vor seiner Verabschiedung stehende Gesetz betreffend
die Sozialisierung der Elektrizitätswirt-
schaft den Kreisen kein zu großes Risiko auferlegte.

Zur Klärung der Situation fanden im Januar d. J. Ver-
sprechungen zwischen einer Deputation der interessierten Kreise
und Vertretern des Reichsfinanzministers statt über
die Frage des Ankaufs der Nife durch die hannoverschen und
westfälischen Kreise. Im Reichsdachministerium wurde den
Kreisvertretern vor einem Kauf des Kraftwerkes des zu
hohen Preises wegen abgeraten, weil nach dem fraglichen
Gesetz ein viel geringerer Preis in Frage käme; es sei die
Möglichkeit vorhanden, daß das Reich die Nife auf Grund des
Elektrizitätsgesetzes erwerben würde, das Reich könnte den
Kreisen das Werk zur Kommunalisierung übertragen. Mit
dieser Auskunft gaben sich die Kreisvertreter zufrieden.

Offensichtlich aber setzte nun eine ungemein rührige
Gegenaktion ein, denn obgleich den Vertretern der Kreise eine
alsbaldige Regelung ihrer Angelegenheit zugesagt war, ver-
ließen Monate, ohne daß auf mehrere Anfragen eine bestimmte
Auskunft des Ministeriums erging.

Im Juli d. J. erhielten die Kreise plötzlich die Nachricht,
daß die Nife von der „Rheinisch-westfälischen Elektrizitäts-
werks-Aktiengesellschaft“ in Essen angekauft sei. Kurz
vorher hatte Herr v. Kaumer das Reichs-
finanzministerium übernommen! Dieser inter-
essante Herr Minister war einige Jahre vor dem Kriege Land-
rat im Kreise Wittlage und hatte in dieser Eigenschaft den vor-
erwähnten, für die Kreise günstigen Vertrag mit der Nife ab-
geschlossen. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit schied aber
Herr v. Kaumer aus dem Landratsdienst aus, um die Stelle
des Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Nife
einzunehmen. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Nife fragte es Herr v. Kaumer fertig, die Durchführung des
von ihm als Landrat geschlossenen Leistungsvertrages immer
wieder hinauszuschieben. Herr v. Kaumer war es auch, der die
Bedingungen des Verkaufes der Nife an die interessierten
Kreise formuliert. Dann wurde Herr v. Kaumer Minister
und kurze Zeit darauf kommt das Rheinisch-westfälische Elek-
trizitätswerk (Aufsichtsratsvorsitzender Hugo
Stinnes) in den Besitz der Niederrheinischen Kraftwerke!

Man kann sich denken, mit welchen Gefühlen eine Depu-
tation der so hineingeleiteten Kreise nun wieder nach Berlin
fährt. Im Reichsdachministerium wurden die Vertreter bei
Herrn Minister v. Kaumer vorgestellt, der ihnen merkwürdiger-
weise erklärte, daß er von der Angelegenheit in keiner
Weise unterrichtet sei (!), weshalb er keine am-
tliche Stellungnahme bekanntgeben könne! Als seine per-
sönliche Meinung gab der jetzige Reichsfinanzminister be-
kannt, daß die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft
betreffende Gesetz sich schon als undurchführbar erwiesen habe!
Er empfahl den Kreisen, sich mit dem Verkauf der Nife an das
Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk abzufinden und sich
ebenfalls mit diesem in Einklang zu setzen. Die Kreise würden
aber auch, wenn sie wie ihnen vorgeschlagen wurde, einen Teil
des Aktienkapitals der Rheinisch-westfälischen Elektrizitäts-

Werksgesellschaft übernehmen, nicht den Einfluß auf die Verwaltung des Unternehmens haben, den sie für notwendig erachten, um die stark vernachlässigte Kraft- und Lichtversorgung den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechend auszugestalten.

Die Wichtigkeit dieser Auffassung zeigte sich nun in der schon erwähnten Sitzung, die die Kreisvertreter in diesen Tagen im hiesigen Kreisbau mit den Vertretern der Elektrizitätswerke hatten. Bei dieser Besprechung kam klar und deutlich zum Ausdruck, daß eine gesunde Regelung der Kraft- und Lichtversorgung, namentlich der bäuerlichen Einwohner der interessierten Kreise, nur möglich ist, wenn die Rufe in den Besitz der Kreise übergehen, also kommunalisiert werden kann. Während dieser Besprechung gab zur größten Überraschung der Kreisvertreter der Direktor Senke vom Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke bekannt, daß in allerletzter Zeit zwischen dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke und dem Reichsministerium eine Beteiligung des Reiches am Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke von 10 Proz. vereinbart worden sei, und daß das Reich dem Werke dafür die Zusage gegeben habe, die Rufe nicht zu sozialisieren! Diese sensationelle Mitteilung brachte den Kreisvertretern klar zum Bewußtsein, daß es nunmehr notwendig sei, mit aller Energie die Erwerbung der Rufe durch die Kreise zu betreiben, und keine Zeit mehr zu verlieren sei, weil man im Reichsministerium augenscheinlich der Kommunalisierung oder Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft durchaus feindlich gesinnt sei.

Herr v. Kaumer, der frühere Kondrat von Wittlage, wätere Vorsitzende des Aufsichtsrates der Rufe und jetzige Reichsminister, muß unbedingt darauf verwiesen werden, daß das Gesetz betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919 durchzuführen ist. Nach diesem Gesetz hat Herr v. Kaumer die Verpflichtung, die Kommunalisierung der Rufe durch die interessierten Kreise, die schon lange darum eingekommen waren, zu begünstigen. Statt dessen wird aber unter der Anleitung des Herrn v. Kaumer das Werk einer privaten kapitalistischen Gesellschaft, dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, übertragen! Was sagt man zu einem Minister, der sich so verhält und dazu noch kommunalen Vertretern erklärt, daß sich die Durchführung des Elektrizitätsgesetzes schon als unmöglich erweisen habe? Nach dem § 4 des genannten Gesetzes sind nach dem 1. Juli 1919 getroffene Verfügungen oder bereits abgeschlossene rechtliche Geschäfte, durch die das Uebernahmerecht des Reiches an private Elektrizitätswerke aufgehoben oder in seinem Umfange beschränkt oder wirtschaftlich beeinträchtigt wird, dem Reich gegenüber unwirksam. Der Reichsminister v. Kaumer wußte also, daß der Verkauf der Rufe unter seiner Amtsführung im Juli 1920 dem Reich gegenüber unwirksam ist. Trotzdem will er den Stimm-Elektrizitätskonzern vor der Sozialisierung beschützen. Welche Gründe mögen Herrn v. Kaumer geleitet haben, ausgerechnet dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, das sich schon lange bemüht, die gesamten Elektrizitätswerke in Westdeutschland zu monopolisieren, die von den genannten Land- und Stadtkreisen gewünschte Rufe zu überlassen? Wenn man dieses Verfahren in Beziehung zu bestimmten Vorschriften des Elektrizitätsgesetzes bringt, kann man zu ganz markwürdigen Kombinationen kommen. Jedenfalls ist die Öffentlichkeit berechtigt, an den Reichsminister Herrn v. Kaumer die Frage zu stellen, aus welchem Grunde er sich wie oben geschildert verhalten hat, warum er das von der Rationalisierungskommission beschlossene Elektrizitätsgesetz für undurchführbar hält? Der Reichstag und namentlich die sozialistischen Vertreter desselben werden nicht umhin können, sofort den Reichsminister Herrn v. Kaumer zu fragen, wie er dazu kommt, das Elektrizitätsgesetz zu sabotieren!

Seedts Verteidigungsgestammel.

Der Militärstreit als Popanz.

Ein hiesiges Telegraphenbureau versendet einen Rechtfertigungsartikel zu dem von uns veröffentlichten Seedterlaß gegen die Heereskammer. Wenn der Artikel auch keinerlei Ursprungsbezeichnung trägt, so wird man darin doch un schwer eine gewichtige Stelle des Reichswehrministeriums, vielleicht den Chef der Heeresleitung selber, erkennen.

Da der Seedterlaß skandalös und einfach nicht zu rechtfertigen ist, so hat natürlich auch der Verfasser des Rechtfertigungsartikels, sei er wer er sei, seine Mühe umsonst aufgewendet. Seine Schreiberei macht den Eindruck von Ausflüchten eines ertappten Schülers. Zugestanden wird:

Diese Verfügung mag im ersten Augenblick geeignet erscheinen, die Einrichtung der Heereskammer überhaupt illusorisch zu machen.

Nun ja, das ist auch ihr Zweck. Bei näherem Einsehen soll dieser Eindruck allerdings verschwinden. Wir finden, daß er sich bei jedem neuen Einsehen verstärkt. Der Verteidigungsartikel führt für sich ins Treffen, daß die Abstimmung über die Frage, ob die Kokarde schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold sein solle, doch ganz unangebracht gewesen sei. Sehr richtig! Aber wer hat denn die Kokardenfrage ausgerufen und die Abstimmung herbeigeführt? Es war das Reichswehrministerium, das hier mittels einer seiner beliebigen Intrigen die Einführung der neuen Reichskokarde sabotieren wollte! Und jetzt macht das Reichswehrministerium hierfür die Heereskammer verantwortlich! Söber geht's nimmer.

Doch, es geht noch höher: Mit düsteren Grobphrasen versichert der Artikelschreiber, daß aus einem Beschlusse der Kammer unfehlbar der Militärstreik als Mittel zur Durchführung der Beschlüsse hervorgehen werde. Folglich müßten Abstimmungen der Kammer verboten sein. Mit diesem Argument kann man schließlich die Kammer ganz und gar beseitigen. Doch es lohnt nicht, ernsthaft mit solchen Phantasien eines vom Kollerer Befallenen zu diskutieren. Herr Seedt möge einmal erklären, wo in den bisherigen Beratungen der Kammer dieser Gedanke sich auch nur andeutungsweise angeündigt hat.

Die Fadenheimigkeit der Verteidigungsgründe läßt den brutalen Willkürcharakter des Erlasses nur noch schärfer hervortreten.

Eine spießbürgerliche Verschwörerelique.

Zu der Diskussion über Moskau.

In der „Freiheit“ teilt der Unabhängige Sepp Dertter seine gestern begonnenen und von uns im Abendblatt gewürdigten Betrachtungen über das Verhältnis der U. S. P. zu Moskau u. fort. Seine Kritik läßt sich heute an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen. Er sagt:

Diese Partei (die kommunistische, Red. d. „Wort.“) ist nichts anderes als ein revolutionärer Popanz, ausgestattet mit einem durchaus spießbürgerlichen Inhalt. Sie ist weder marxistisch noch überhaupt sozialistisch. Marx hat uns gelehrt, daß der Klassenkampf des Proletariats die Aktion einer erkennenden und klassenbewußten Masse sein muß. Die kommunistische Partei will die Massen der Proletarie zu einer einflusslosen Herde herabwürdigen, die den Kommandos irgendwelcher Parteigrößen, die sich irgendwo befinden, in militärischer Disziplin und Subordination gehorcht. Denn um was handelt es sich in den ganzen Richtlinien: Die kommunistische Partei möge sich an, Diktator der gesamten Arbeiterbewegung zu sein und alles, was sich nicht willens und ergebe unter diesen Diktator beugt, wird rückwärts los bekämpft und ausgeschaltet. An Stelle einer Massenbewegung, die erfüllt ist von sozialistischer Erkenntnis und sozialistischem Klassenbewußtsein, will sie eine spießbürgerliche Verschwörerelique sehen nach dem Muster der Carbonari. Weil die kommunistische Partei in ihrem inneren Wesen weder revolutionär noch marxistisch ist, deshalb muß sie sich in ihrem

taktischen Programm auf die Methoden der bürgerlichen Verführung zurückziehen.

In der falschen Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse sieht Dertter den Grund dafür, daß die kommunistische Partei bisher nichts anderes getan habe, als Verwirrung in die Massen zu tragen. Ihr selbst aber spricht er das Recht ab, sich als Massenpartei zu bezeichnen:

Weil die kommunistische Partei nicht eine Partei der Masse ist, weil sie in gewisser Beziehung die Masse der Arbeiterklasse mit derselben Artroganz behandelt, wie das bürgerliche Scharfmachertum, deshalb muß sie auch zu Mitteln greifen, um die Arbeitermasse zu gängeln und zu zügeln, die alles andere sind als revolutionär, sozialistisch und freiheitlich.

Sierauf geht Dertter scharf mit seinen eigenen Parteigenossen ins Gericht, die unaufhörlich nach Moskau schielen. Er wirft ihnen vor, nicht als ehrliche Menschen aus der U. S. P. ausgeschieden und in die R. P. D. eingetreten zu sein.

So guttun diese Bemerkungen Sepp Dertters sind, so ist sein Verlaß, die Leipziger Beschlüsse der U. S. P., die sich schließlich gleichfalls auf den Boden der Diktatur des Proletariats und der Rätherrätschaft stellten, zu verteidigen, zum Mißglücken verurteilt. Wenn er es so hinstellt, als bedeute die unabhängige Auffassung von der proletarischen Diktatur den Kampf der Arbeiterklasse um die Ueberführung der Produktionsmittel aus Privateigentum in den Besitz der Allgemeinheit und um Schaffung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichheit zwecks Herbeiführung der sozialistischen Demokratie, so unterscheidet sich diese Auffassung in nichts von der durch die Sozialdemokratie vertretenen.

Geher, Söder, Dänmwig u. a. haben allerdings eine andere Auffassung der Leipziger Beschlüsse. Ob die U. S. P. Sepp Dertters Mahnung befolgen und künftighin die Scheidelinie zwischen sich und der kommunistischen Partei als einer spießbürgerlichen und daher reaktionären Partei strenger als bisher ziehen wird, wird der weitere Verlauf der Diskussion in der U. S. P. zeigen müssen.

Ein wenig befugter Kritiker.

Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, gibt der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, demnächst eine ostpreussische Wochenchrift unter dem Titel „Morgen“ heraus. Im Einführungsheft sagt Winnig:

„Im Streit der Klassen und Parteien nur Kampf bis zum Weichhuten, im Streit der Völker schmiesamer Verständigungswille. Das ist die geistige Krankheit der vorchristlichen Reudenschen.“

Winnigs unqualifizierbares Verhalten in den Tagen des Kapp-Putsch ist noch in aller Erinnerung. Um so weniger halten wir ihn für kompetent, um über „geistige Erkrankungen“ des deutschen Volkes zu urteilen. Wer sich in dieser Zeit gegen den Verständigungsgedanken der Völker wendet, der braucht zwar nicht an einer geistigen Krankheit zu leiden, in jedem Falle aber begeht er ein Verbrechen. Hoffentlich fährt Winnig in dem hier zitierten Tone nicht fort; allerdings wird er gerade die Arbeiterklasse wohl kaum zu seinen Befehern zählen und hierauf seinem Verbot nach vielleicht auch nicht einmal großen Wert legen.

Das Rittergut als Waffenkammer.

Der brave „Lokal-Anzeiger“, der jeden Tag neue „Moie Armeen“ aus der Erde wachsen sieht, die Harmlosigkeit der Orgeßel beteuert und über die Schullosigkeit des Landvolkes gegen plündernde Banden jammert, muß heute melden, daß bei Belgard an der Persante ein Hund von Waffen und Flugzeugen auf einem pommerischen Rittergut gemacht worden ist. In einer Feldscheune bei Jarnikow wurde eine vollständige Flugstaffel von 5 Flugzeugen mit Motoren sowie Maschinengewehrteile gefunden. — Natürlich nur „Andenken“, die der Besitzer gesammelt hat.

Der neue Sudermann im Residenztheater.

„Die Freundin“

Die Liebe zum gleichen Geschlecht ist als Bühnenthema bisher nicht ausgespielt worden. Begreiflicherweise. In allzu deutliche Nähe gerückt, wird sie leicht etwas Besessenes, vielleicht Abstoßendes für den „Normalen“ behalten. Plaut und Lüster löst sich das Problem, das voll ernster und tragischer Konflikte sein kann, auch kaum behandelbar. Weofind hat in dem Bandämonium aller Geschlechtsarten — dem Erdgeist — auch nur eine Episodenfigur des „andere als die andere“ verkörpert lassen.

Und doch gibt es eine Art, das heilige Gebiet der Bühne zu erobern: man konstruiert ein Bandämonium gegen die homoerotische Liebe, gibt dem moralischen Spieher schöne Gelegenheiten zur Enttäuschung und läßt die Residenztheater schmunzeln. Diesen Weg hat Sudermann eingeschlagen. Die Psychologie ist dabei zum Tausel genommen und der Ernst der Ende unterdrückt. Der Tendenzfall, der nicht erschöpft, kommt viel zu spät. Damit läßt sich niemand mehr abheilen.

Aber wie ist das Drama? Ein echter Sudermann, echtes Theater. Eine der „interessanten“ Bestien, wie er sie liebt, steht im Mittelpunkt: Juliane Rothe, ein Weib mit männlichen Zügen, überlegen, eine Willenszentrale, amoralisch, leidenschaftlich, Vampir und doch bedürftig der Liebe, die sie beim eigenen Geschlecht sucht. Wie eine Verführerin bricht sie in das stille Gehege ihrer Jugendfreundin, der jungen Witwe von Oligensfeld, ein, die auf einem hübschen Rittergut den Konflikten des Lebens aus dem Wege geht. Juliane spielt mit Verfeinertheit und Ausdrucksfähigkeit die Vorführung in diesem stiller Winkel. Sie befreit durch Intrige der beiden männlichen Konfuzienten; den kraftvollen Juncker von Kranz, der — man ahnt es erst und erzählt es schließlich — den Gatten der Witwe auf der Jagd erschoss, aber im entscheidenden Augenblick nicht zupakt, und den launen Hauslehrer, der über sein Schicksal, als Erfolg in diesem Augenblick genießt zu haben, nicht hindogomant und den Tod sucht. Der Juncker verliert den Mäuben an die Frau, der sein Gott war. Ja, der Glaube spielt in die Kammeraffäre hinein; es wird im dritten Akt eine Weltanschauungsdebatte geführt, in der sich der Hofmann des Seides, der forschhafte Doktor, als Repräsentant der Natur (und Sudermanns) und der Parier der Bond reichen zum gemeinsamen Kampf gegen die geistliche und pointierte Joch der Rothe. Auch hier ist im Dialog echter Sudermann.

In ihrer Liebe zu den Männern enttäuscht, wird die zarte, unschlüssbedürftige (und mehr als ohnungslose) Alice schließlich das Opfer der „Teufelsmänn“, die sie noch gerade rechtzeitig entführt, ehe der Doktor sein Gegenpiel zu Ende führen kann. Er spricht das Schlußwort: eine entgötterte Welt!

Wenn man die Geschichte glauben darf, muß diese Entgötterung schon vor langer Zeit erfolgt sein, und wenn man ihr weiter folgen will, haben auch dramatische Philippiken gegen Scheufale wenig getuschelt. Der Erfolg des Wends war die Juliane der Duxie u. g.

Eine lobenswert geschmeidige Gestalt, einen männlichen Intellekt (auch in Stimme und Gesicht betont sie die Andersartigkeit) und dazu all das Nadernde, Temperamentvolle stellte sie in den Dienst ihrer unpopulären Aufgabe. Sie machte die Sudermannsche Schöpfung beinahe glaublich. Das sanfte Wesen der Alice wurde durch Carola Toelle verklärt. Die anderen Rollen gaben wenig Gelegenheit zu besonderen Hervortreten: Paul Wildt war der Juncker, Paul Wiensfeldt der Parier, Hermann Ballentin konnte als Doktor Sudermanns Geist und Will zeigen. Es gab Beifall genug, aber nicht eine Spur von Theaterfandal.

Verständliches von Wundt. Auf der Leipziger Promenade konnte man jährens jahren alljährlich nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr einen Gestalt erblicken, die mit der Pünktlichkeit einer Uhr stets denselben Weg ging, unbekümmert um das ringsherum tosende Großstadtleben, tief in Gedanken versunken. Es war ein kleines Mädchen mit einem großen schwarzen Kalabreser, unter dem nur eine Witte und ein grauer Part hervorquollen. Wie man von den Hänbergern erzählt hat, daß sie nach dem alljährlich Punkt 12 Uhr am Pflast ercheinenden Kont sich in ihrer Zeit richtete, so hätten auch die Leipziger nach diesem Wanderer genau die Nachmittagsstunde angeben können. Der kleine Mann mit dem Regenkleidchen behag einen Weltkruim, barg in seinem Kopf ein ungeheures Wissen, wie keiner seiner Zeitgenossen. Wilhelm Wundt, der jetzt im höchsten Alter dahingeghieben ist, war der letzte große Philosoph, ja der letzte große Gelehrte in dem Sinne, daß er noch einmal das gesamte Wissen der Welt in einem einzigen Hirn zu vereinigen suchte.

Der fast übermenschlichen Leistung gegenüber hat man sich die Frage vorgelegt, wie dieser schwächliche und zarte Mensch das alles zu leisten vermochte. Gewiß war es nur ein gewaltiger, von Lustang an zielbewusster Willen, der solches vollbringen konnte. Aber daneben war es eine aus feinste ausgebildete Arbeitsweise, die durch die dieser geniale Erfinder von Methoden sein Leben zu einem Kunstwerk der Arbeit gestaltete. Einer seiner nächsten Mitarbeiter, der allzu früh verstorbenen Neumann, hat und einmal einen Einblick in seine Arbeitsweise gewährt. Während des akademischen Semesters hielt er die strengste Tagesordnung, berichtet er. Regelmäßig wie eine Uhr erschien er jeden Tag zu derselben Stunde, jahraus jahrein hält er zu derselben Tageszeit seine Hauptvorlesung, den Vormittag benutzt er mit der gleichen Regelmäßigkeit zu wissenschaftlicher Arbeit. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit wurde ihm allmählich zu der Lebensaufgabe, die ihn ganz erfüllte und der er alle Interessen unterordnete. Dabei haben wir betonen müssen, wie die strenge Unterordnung alles anderen unter die wissenschaftliche Arbeit ihn doch nie zu einem einseitigen Aufsehen in gelehrter Arbeit veranlaßte. Das, was ich Wundts Lebensweise nannte, ermöglichte ihm bei aller Arbeit, fortgesetzt auch der schönen Literatur, dem Leipziger Theater- und Konzertwesen und Kunstfragen aller Art zu folgen, selbst die Ferienzeit seit vielen Jahren der Arbeit zu widmen. Als ich einmal in der Sommerferien auf dem Rigi besuchte, traf ich ihn, wie er unter einer Gruppe

schattiger Tannen sah, den Blick auf den in der Tiefe schimmernden See gerichtet und in die Feltüre der neuesten Konfiteratur vertieft; und beim Wiedersehen in Lombach an seinem 70. Geburtstag fand ich den Jubilar beim Studium von Puls- und Atemkurven der neuesten Arbeiten seines Institutes.

„Schwedische Musik in Berlin. Im Beethovenjahr stellte sich Donnerstags die Krager Philharmonie unter Leitung des Kapellmeisters Sol vor. In fünf Konzerten soll diese vorzügliche Kapelle über die schwedische Nationalmusik einen Ueberblick geben und daneben mit südlichem Mut nordische Meister spielen. Der erste Abend zeigte, daß neben Smetana und Dvořak ein spezifisches großes Talent unter den Progenen noch nicht erstanden ist. Vor allem muß nicht, der mit den beiden Hauptvertretern dieser Richtung in einem Atem genannt wird, abgelehnt werden, wenn wirklich seine „Abendvölle“ die beste seiner Kompositionen darstellt. Das ist Durchschnittpunkt, Stimmungsfläche, breitgespanntes melodisches Nichts, längst dominiert und längst überwunden. Sol zeigte beim Dirigieren von Smetana und Dvořak, daß er ein Pädagoge voll Zielbewußtsein ist. Die Vorbereitungen zu solcher Präzision in Zusammenhängen müssen ungeheure gewesen sein, vor allem trifft das für den Streichkörper zu. Man hört selten so schöne, so zarte und mit so unsichtbaren Handbewegungen vollbrachte rhythmische Geschlossenheit. Im kleinen Saal klangen die Bläser dagegen nicht sehr frisch und hell. Doch wird hier ebenso nachzurufen sein wie in der reinen künstlerischen Wertung des Dirigenten Sol, der in diesem ersten Konzert ja fast nur die Rüge schiefen lassen, kaum aber energisch trafen und kaum die Stimmung variieren konnte, um das nationale Trio herauszugeben. Der Beifall war stark ohne Enthusiasmus.“

Hauptmann im Hoftheater („Die Ratten“). Ein Bravo der Direktion und ihre Künstler, die sich in gleicher Weise um diese Aufführung verdient machten! Erste Hauptmannstimmung lag über dem Ganzen, wenngleich der Diktator nicht den Großen beigemohnt hatte. Die literarischen Allen über das Stück sind geschlossen. Heilig abgelehnt zunächst, dann lebhaft umkämpft und schließlich anerkannt, behauptet es sich heute als eine der zweitrangigen, immer aber beachtenswerten Schöpfungen des Dichters. Das Spiel gruppierte sich um das prächtige Paarschloßpaar, das von Bernhard Roie und Frau Leonie Daval gleich trefflich dargestellt wurde. Erinnerungen an bedeutende Vorgänger — Herrn v. Winterstein, Lucie Höflich, Ehe Lehmann — lagen nahe, haben aber erteilbarerweise nicht den mindesten Anlaß zu betrüblichen Vergleichen. Fröhlich war Herr Adolf Schröder als eukleontischer Theaterdirektor, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ferdinand von Nost als Komiker der Rolle untertrifft. Präzise sein Rudimann als das polnische Dienstmädchen Biberkarda kämpfte heilig, doch ziemlich ausfallslos mit der polnischen Schwade. Herr Fuchs als Kandidat der Theologie sollte weniger Liebeser sein und mehr karikieren. Die übrigen kleinen Rollen waren fast sämtlich gut besetzt. Alles in allem war die Aufführung ein verheißungsvoller Auftakt für die Winterzeit. Hoffentlich bleibt die Direktion dem hier eingeschlagenen Wege treu. wp.

Verkappte Kommunisten.

In der Reichskonferenz der Unabhängigen geht der Streit um das Schicksal der Partei weiter. Am Donnerstag sprachen noch für den Anschluß Delsner-Galle, Reich-Hamburg, Dahlen, Dümmler, Wötcher-Stuttgart, Adolf Hoffmann, Eichhorn, Brach-Kempe, Wilhelm Herzig; gegen den Anschluß Dismann, Zieg, Toni Sender, Henke, Gilsberg, Wlad Leipzig, Dreifeldt und Ernst Hagen.

Dismann meinte sich besonders dagegen, daß die Moskauer die Deutschen und die mit ihnen verbundenen ausländischen Gewerkschaften als gelbe Gewerkschaften bezeichnen. Die Arbeiter Englands, Frankreichs und Amerikas spielten eine entscheidende Rolle in den kommenden Kämpfen. Dismann verbreitete sich auf Grund persönlicher Besprechungen mit Vertretern der anderen Länder über das Verhältnis des Proletariats in den Entente-Ländern und bemerkte, in Italien hätten sich die Arbeiter zu Tode gekämpft, so daß heute die Reaktion härter als je sei. Die englischen Arbeiter lehnten es entschieden ab, sich den Moskauer Kompromissen anzuschließen. Louis Zieg meinte, bei Anerkennung des Ausschlußverfahrens der Dritten Internationale würde eine unerhörte Korruption der Partei eintreten. Toni Sender sagte, auf Grund der russischen Erfahrung könne keine internationale Taktik abgelehnt werden.

Dümmler verwies auf Crispian's Programmrede vom Leipziger Parteitag und zitierte Stellen daraus, die beweisen sollen, daß Crispian damals das ausgesprochen habe, was jetzt von Wilsons gefordert wurde. — Zum Schluss des Tages sprach Dümmler, daß doch auch bei und schon manches geschehen sei, was dem Terror sehr nahe käme.

Henke sagt, Däumig, Stöder, Geher u. a. seien bis jetzt in der Partei als verkappte Kommunisten tätig gewesen. Sie haben längst zur kommunistischen Partei gehört und deshalb haben sie auch hinter dem Rücken der Partei gegen sie gearbeitet. Der Stuttgarter Delegierte Wötcher suchte jede Kritik an Russland mit der Bemerkung zu zerlegen, daß, wer jetzt der Weissen Garde Material gegen Sowjetrußland liefert, Lothar begehrt. Adolf Hoffmann glaubt, daß die Massen der Partei den Anschluß wollen. Er habe nie dem Terror das Wort geredet, aber die weitere Entwicklung werde wahrscheinlich zeigen, daß die Massen den Terror über den Kopf der Parteiführer hinweg ausführen!

Zum Schluss der Donnerstagssitzung nahm die Konferenz einen Vortrag des Professors Wallod entgegen, der aus Rußland zurückgekehrt ist und als Gast der Konferenz beizuhause. Er erklärte u. a.: Ich habe auch die Meinung, daß Sowjetrußland wirtschaftlich uns und wir Rußland nützen könnten. Ich bin von dieser Meinung abgekommen. Es gäbe gewiß Vorteile, aber sie reichen nicht aus. Wallod schilderte ausführlich die völlige Entwertung des Geldes, die dazu führt, daß die Rußern mit ungenutzten gegen das Papier die Produkte abgeben, wenn sie überhaupt welche abzugeben haben. Der Redner legt auch ausführlich dar, daß vor einer Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Rußland dringen zu wahren ist. Wallod würdigt die Leistungen und den Idealismus der führenden russischen Kommunisten, aber er sagt auch, daß sie es nicht geschafft haben, die Wirtschaft in Rußland zu leben. Die russischen Arbeiter waren im Anfang durchweg Individualisten geblieben. Sie dachten nicht an ihre Arbeitsgenossen, sondern nur an sich. Es ist heute genau der alte Amischimmel, der Bürokratismus, der auch unter dem Vorwand gehandelt hat. Von einer rationalen Durchführung der Sozialisierung kann man nicht reden. Zum Abgeben an Deutschland würde es selbst nicht langem, wenn jetzt mit Waffen Frieden gemacht und die ganze Armee zu Arbeitszwecken benutzt würde. Die Rußern haben nicht den Beweis erbracht, daß sie in ihrem Lande den Sozialismus auszurichten imstande sind.

Dieses Referat Wallods rief einige Aufregung hervor. Adolf Hoffmann verlangte, daß Stöder sofort ein Korreferat dazu halten sollte, Stöder will aber erst in seinem Schlusswort auf Wallods Ausführungen eingehen. Einige erregte Anfragen, die von den Anhängern des Anschlusses gestellt und von Wallod beantwortet wurden, zeigten, wie unangenehm die sachlichen Darlegungen Wallods den begeisterten Anhängern Moskaus waren.

Die Artikel Dittmanns über die Zustände in Sowjetrußland haben auf der Reichskonferenz der U. S. P. eine große Rolle gespielt. Wie wir erfahren, bildeten sie schon vor ihrer Veröffentlichung den Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, da jene Richtung, die eine wahrheitsgemäße Darstellung der russischen Zu-

stände als „Konturrevolutionär“ empfindet, alle Kräfte springen ließ, um die Veröffentlichung zu verhindern. Man suchte sie sogar hinter das technische Personal und verbot dieses aufzusehen, daß es die Arbeit zur Veröffentlichung der Dittmannschen Artikel verweigern sollte! Die Veröffentlichung der Artikel wurde auf diese Weise acht Tage lang verhindert. Die Anhänger der Dritten Internationale sind sicher fanatischer, bloß Wahrheitsfanatiker sind sie auf keinen Fall!

Hoffmann in Brest-Litowsk.

Das Nachwort der D. S. P.

General Hoffmann, der kürzlich als Diskussionsredner in einer sozialdemokratischen Versammlung hervorgetreten ist, hat zu einem kürzlich erschienenen Buch über den Prinzen Leopold von Bayern, das von Prof. E. Wolke verfaßt und bei Koehler-Verlag erschienen ist, einen recht interessanten Beitrag geliefert. Prof. Wolke, der im übrigen den Prinzen Leopold, den zur Hölle herausgestellten Oberbefehlshaber im Osten grenzenlos verherrlicht, gibt im Laufe seiner Ausführungen dem General Hoffmann das Wort zur Darstellung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Was Hoffmann erzählt, ist im wesentlichen bekannt, die Sache wird aber spannend, wo die Schilderung an jenen kritischen Punkt heranrückt, an dem Trotski die Verhandlungen abbrach und — ohne Abschluß eines eigentlichen Friedensvertrags — den Friedenszustand für wiederhergestellt erklärte. Da erzählt der General nun folgendes:

Am Abend jenes Tages, an welchem Trotski abreiste (10. Februar 1918, Red. d. B.), traten die Bevollmächtigten Deutschlands und Österreichs zu einer Besprechung zusammen, bei welcher General Hoffmann die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten empfahl. Sein Vorschlag wurde von den Diplomaten einstimmig abgelehnt. Erst dem Nachwort der Obersten Seeresleitung gelang es, eine Entscheidung im Sinne des Generals Hoffmann herbeizuführen und den Reichskanzler zur Räumung des Waffenstillstandes zu ermächtigen.

Dieses „Nachwort der Obersten Seeresleitung“ ist dem deutschen Volk teuer zu stehen gekommen. Wäre es damals gelungen, den Weltkrieg durch einen Verständigungsfrieden zu beenden, die Truppen ruftlos aus dem Osten herauszuführen und zugleich der Welt einen Beweis für die friedlichen und humanen Absichten Deutschlands zu liefern, dann hätte sich eine letzte Gelegenheit ergeben, den ganzen Weltkrieg in erträglicher Weise zu beenden und dem Generalfrieden von Versailles zu entgegen. In ihrer Siegesstrenge hat die Oberste Seeresleitung diese letzte Chance zerlassen und — gegen den einstimmigen Widerspruch der Diplomaten — die Wiederaufnahme des Krieges gegen Rußland durchgeführt.

Man hat so lange mit Nachworten gearbeitet, bis man schließlich soweit war, die Nachworte der anderen über sich ergehen lassen zu müssen.

Dr. Mayers verbotener Empfang.

Paris, 3. September. „Zeit Parisien“ berichtet: Heute nachmittags wird im Schloß von Rambouillet die Zeremonie der Ueberreichung der beglaubigten Schreiben der Gesandten von Österreich, Ungarn und Seru stattfinden. Auch der jüngst zum Votschaffer ernannte Dr. Mayer sollte an diesem Empfange teilnehmen. Der Zwischenfall von Breslau und die Verzögerung der Annahme der geforderten Wiedergutmachungen seitens Deutschlands kamen dazu hinzu. Die Antwort aus Berlin, die indessen gestern abend eingetroffen ist, kann aber immerhin die gändernten Dispositionen noch einmaß umfassen.

(Indessen meldet M. A. aus Paris, daß der österreichische Gesandte von Deschanel empfangen worden ist. Vom deutschen Votschaffer ist dabei nicht die Rede. Die Red.)

Direkte Aktion in Italien. Nach Meldungen aus Mailand nimmt die Bewegung unter den Metallarbeitern zu. In Rom seien 5. in Lavinia 28 Fabriken von den Arbeitern noch immer besetzt. In Neapel, Bergamo und in wichtigen Städten der Lombardie werde von der Arbeiterschaft wichtige Forderungen getrieben.

Ganz wie in Löwen! Neuer meidet: Polizei und Militär haben gestern abend, um die Verhinderung zweier Polizeistellen durch Sinfonier zu rächen, die Stadt Ballaghadereen in Brand gesetzt. Beinahe alle Häuser der Hauptstraße wurden vollständig zerstört.

Verkehrsstau in Brooklyn. In der Neuenborfstadt New York, Brooklyn, ist ein Verkehrsstau entstanden, dem sich die New Yorker Verkehrsangehörigen anschließen wollen. Es fanden bereits Zusammenstöße zwischen Polizei, Aufständigen und Streikbrechern statt.

Groß-Berlin

Deutschlands Sorge um die toten Feinde.

In Königsberg i. Pr. besteht eine amtliche Einrichtung, die vermutlich selbst in deutschen Kreisen wenig bekannt sein dürfte, nämlich ein Hauptgräberamt, das die Aufgabe hat, für die im deutschen Gebiet liegenden Soldatengräber, gleichviel welcher Nationalität, zu sorgen. Es gibt in den ostpreussischen Kampfgebieten des Jahres 1914 nicht weniger als 2280 Anlagen mit Kriegergräbern. Auf diesen Friedhöfen, von denen 22 zwischen 50 bis 3000 Gräber enthalten, ruhen 26 570 Deutsche und 88 170 Russen einschließlich der zahlreichen Polen, die damals unter russischer Fahne standen, den Soldatentod fanden und auf ostpreussischer Erde bestattet wurden. Nunmehr erläßt das Hauptgräberamt einen Aufruf zur Spendung von Geldmitteln, um nicht nur die Gräber der deutschen, sondern auch der russischen und polnischen Soldaten würdig zu schmücken und erhalten zu können. Die deutsche Regierung, die dieses Werk lebhaft unterstützt, hat bereits durch Entsendung von Kommissionen dafür gesorgt, daß den Gräbern ein ehrenvolles Gepräge gegeben wird. Nach Wiederherstellung der normalen Verbindungen mit Rußland wird die Nichtbestellung der Gräberinschriften und die Ermittlung der Namen der vielen Unbekannten die Hauptarbeit der Kommission sein.

Das Deutschland also, dessen in der Gewalt der Polen und Franzosen befindliche Landesränder bis aufs Blut geopfert werden, die die Polen eine Gewalttat nach der anderen zufügen, dieses selbe Deutschland findet noch immer Zeit, auch für die toten Feinde zu sorgen. Stärker als durch diese Tatsache kann wohl ein Volk nicht nachweisen, daß es für wahre, echte und reine Menschlichkeit eintritt, und die Freunde, die Deutschland im Ausland hat, sollen einsehen, daß eine Vernichtung Deutschlands gleichbedeutend wäre mit der Vernichtung eines der stärksten Fortemenschlicher Geistes und Kultur.

Das Ende einer unglücklichen Ehe.

In der Kommandantenstraße 65 erschoss in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag der Verwalter des Hauses und Inhaber eines Kunststudios, Ludwig Ohlwein, seine Frau und verübte dann Selbstmord. Das Zusammenleben der beiden Ehegatten war kein allzu glückliches. Nach Aussagen von Nachbarn soll der Mann ein ziemlich gewalttätiger Mensch gewesen sein, der stets mit einer geladenen Waffe umherließ, die er bei jeder Gelegenheit seiner Frau drohend unter die Nase hielt. Während einer kürzeren geschäftlichen Reise des Eheannes beschloß die Frau, ihn mit ihren beiden 16- und 18jährigen Töchtern zu verlassen. Als der Mann von der Reise zurückkehrte, fand er die Wohnung tatsächlich leer, entdeckte aber sofort den Aufenthaltsort seiner Familie und verhandelt, seine Frau in die alte Wohnung zurückzuführen, von wo sie nicht wieder zurückkehrte. Gestern abend ließ die ältere Tochter die Wohnung in der Kommandantenstraße durch die Kriminalpolizei öffnen. Das Ehepaar wurde in seinem Blute liegend tot aufgefunden. Die Frau hatte eine Schußwunde im Kopf und in der Brust, und der Mann eine solche im Rücken. Es wird angenommen, daß Ohlwein seine Frau erschossen und dann Selbstmord verübt hat. Die beiden Leichen wurden dem Schaufause zugeführt.

Auf der Spur der Platinräuber.

Ein Gold-Platin-Kessel im Werte von zwei Millionen Mark wurde, wie schon mitgeteilt, von einer Bande geraubt, die in Bockum im Kreise Hindenburg in die chemische Fabrik von Landberg u. Wolke einbrach und die Wäcker festsetzte. Auf die Ermittlung der Bande und die Wiederbeschaffung ihrer Beute wurde eine Besatzung von 5000 M. ausgesandt. Die Räuber waren 6 Mann stark, etwa 25 bis 35 Jahre alt. Fünf von ihnen trugen selbsteingelagerte Juristkleider, die verjüngte Drahtgitterbrillen, eine Blechschere, Schraubenschlüssel und einen Wollständer mit dem Namen „Albert Friedrich“. Die eine Jange trägt das Zeichen B. A. Die Bekanntgabe, daß die Bande verhaftet wurde, über außerordentlich wertvolle Beute bald zu Geld zu machen, hat sich bestätigt. Der Gold-Platin-Kessel ist zerlegt und zerhackt worden und einzelne Teile sind bereits in Berlin zum Vorfein gekommen. Kriminalbeamte ermittelten, daß vier Männer sehr vorsichtig, bald der eine, bald ein anderer, der Metallschmelzen und Metallfontänen Platin einboten und zum Teil auch veräußert haben. Diese Teile wurden entdeckt und beschlagnahmt. Es konnte bald festgestellt werden, daß sie von dem gestohlenen Kessel herrühren müßten. Die Räuber haben sich nicht einmal die Zeit genommen, das Gold von dem Platin zu trennen, um ihre Spur zu verwischen. Die Stücke des Kessels, der zur Erhöhung der Feuerfestigkeit aus den zwei Metallen bestand, sind an dieser Verbindung sofort kenntlich. Die Räuber benutzten auf der Suche nach Abnehmern in der Regel einen Kraftwagen, mit dem sie bis in die Nähe der Schmelzen und Auktoren fuhren, um dann auszuweichen und ein kleines Stückchen Weges zu Fuß zu gehen. Ein Mann hat dann das schwebende Topfmetall unter dem Namen „Antony aus Ulm“ an. Käufer den bereits beschlagnahmten und höhergestellten Teilen sind wahrscheinlich noch mehr in Berlin bereits abgesetzt worden. Die Auktoren, die das Metall gutgläubig gekauft haben, werden gut tun, sich bei der Kriminalpolizei, Dienststelle B. I. 6, Hausnummer 501, im Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums umgehend zu melden, am so mehr, als die Verkaufsstellen ohnehin doch bald ermittelt sein werden. Den Räubern ist man bereits auf der Spur.

Neubmordversuch in Köpenick. In der vergangenen Nacht wurde auf dem Dienstadtchen Ehe Lorenz, das bei dem Wäcker Karl Schmidt in Köpenick, Gartenstr. 32, beschäftigt ist, ein Neubmordversuch ausgeführt. Das Mädchen wurde am Hals solange gewürgt, bis es bewusstlos wurde. Dem Täter fielen 2000 M. an barem Gelde in die Hände.

Größter in Rußland. Die Asfallwerke in Rußland sind in Brand geraten. Die Ostpreussischen von Köpenick und den Nachbargemeinden sind zum Löschen des Brandes ausgerückt.

Gegen die Zusammenlegung von Gemeindefschulen. Die Eltern der Schüler der 20., 25., 27. und 281. Gemeindefschule nahmen in einer gemeinsamen Versammlung scharf gegen die geplante Zusammenlegung der genannten Schulen im Winterhalbjahr Stellung. Es wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die beauftragt wurde, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und gegebenenfalls den Schulstreik zu proklamieren.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, erhalten die Groß-Berliner Abonnenten mit diesem Blatt.

Bildungsveranstaltungen.

Charlottenburg. Sonntag 3 Uhr im Zentraltheater, Alte Palaststraße 81/82: „Der Kampf der Wäcker“ von Stiercken und Rehdal. Beginn der Vorstellung 2 Uhr. Karten vom Preise von 3,00 M. einschließlich Garderobe und Transportgeld sind zu haben: Sekretariat Charlottenburg, Köpenickerstr. 24. Olimes, Charlottenburg, Seydritzer Str. 7, III. Bezirkbildungsausschuß, Lindenstr. 3, II. Hof IV, Jim 10.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reinickendorf-Ort. Heute 7 Uhr im Realgymnasium, Berner Straße 11: „Die Arbeiterbewegung“ von Dr. Wolf spricht über den Unterricht, den die Arbeiter erhalten, welche vom Religionsunterricht befreit sind. — Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag in der Stadthalle, Köpenickerstr. 50. Vortrag des Herrn Dr. A. Dier: „Christi Heiligtum über Religion“. Harmonium: Aus Sibera (Gloriano). Gäste willkommen. Nächsten Sonntag 10 Uhr im gleichen Saal Jugendbewegung.

Sport.

Das Ringturnen der Freien Turnerschaft Schöneberg wird jetzt nach den Ferien wieder voll aufgenommen. Es turnen: 1. Schülerabteilung: Montags und Donnerstags Turnhalle Hohenzollernstraße, Belgischer Str.; 2. Schüler- und Schülerinnenabteilung: Mittwochs und Sonnabends oben und unten Halle Oberstr.; 1. Schülerinnenabteilung: Montags und Donnerstags Turnhalle Vertheimsgaderer Str. 12, abends 6-8 Uhr. Die Eltern können sich jederzeit von unserem geregelten Betrieb überzeugen. Kein Arbeiterkind darf in bürgerlichen Vereinen turnen!

Ein Sportfest veranstaltet am Sonntag auf dem Gemeindefeld Marienfelde die Nordgruppe des 4. Bezirks vom Arbeiterturnbund. Vormittags 9 Uhr Verlämpfe der Männer. Um 1 Uhr Treffpunkt der Vereine am Bahnhof. Nach dem Festspiel, um 2 Uhr Wettkämpfe für Ledrlinge, Turnerinnen, Alte Herren, Endlämpfe der Männer. Anschließend Fußballspiel zweier Mannschaften der I. Klasse: Schöneberg-Wilmersdorf. Abends Tanz in Rang u. Feisch's Hallen. Um zahlreichen Besuch ersucht. Die Gruppenleitung.

„Quer durch Lichtenberg“ betitelt sich ein Straßenkaffellant von 8 Kilometern, den die Freie Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde am Sonntag veranstaltet. 20 Läufer jeder Mannschaft werden um die Ehre ringen, als Erster durchs Ziel zu laufen. Start um 8 Uhr am „Schwarzen Adler“, Wöllensdorffstraße. Die Frankfurter Allee. Der Lauf geht durch die Gärten, Markt, Prinz-Albert-, Pflanzstraße, dann durch Friedrichsfelde und zurück durch die Frankfurter Allee zum „Schwarzen Adler“. Um 1/3 Uhr starten in Friedrichsfelde die Schülermannschaften, 25 Läufer zu 100 Meter mit dem gleichen Ziel. Sportinteressenten werden gebeten, nicht zu den bürgerlichen Sportlern im Stadion, sondern zum Straßenkaffellant zu gehen. Nachdem auf dem Sportplatz Friedrichsfelde, Treskowallee, Fußballspiel Lichtenberg I. Abt. — Germania, Weihenfeld.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 1/10 Uhr: Eichenwerder. Aller Freund. Nachmittags 1 Uhr: Eichenwerder. Aller Freund. Start: Mariannenplatz.

Deutscher Künstlertheater: „Die Scheidungsreise“. Das Gedicht nach Schwärdens, in denen das Thema des Bräutigams, der zugleich ein guter Kerl, ein Hochvogel und ein Schwerverdiener ist, ins Entloste parodiert wird, scheint noch lange nicht befriedigt zu sein. Derlei Dinge sind heute nur erträglich, wenn sich Unglücksdemerch einen Darsteller findet, der genügend eigenes Temperament hat, um das Unmögliche möglich erscheinen zu lassen. In dieser glücklichen Lage befand sich das Deutsche Künstlertheater, als es für Max Waldert den musikalischen Schwarm „Die Scheidungsreise“ von Leo Walter Stein schreiben ließ. Waldert war der glücklich Verlobte, und Leo Walter bestand seine Aufgabe darin, von einem Verlobten, der loszukommen, das ihn mit polnischer Blut gefesselt hielt, Adolf!... ist das sehr glaubhaft und erschütternd. Das polnische Fräulein, dem er seine Dienste auftragen wollte, wurde von Trude Hesterberg mit sehr viel schönen und kurzen Kleidern dargestellt. Die Damen, die sonst noch in diesem Stück zu tun hatten, waren ebenfalls gut angezogen, wobei über ihre Talente nichts gesagt werden soll. Von den Herren wäre Fritz Spira zu erwähnen, der für den Hausfreund sich unglücklicher Verhältnisse viel wackerliche Beweglichkeit mitbringt. Die Musik von Hugo Fricke hielt sich in der borgezeichneten Bahn. Man ließ sie sich aber gern gefallen, um die ganze Komposition besser schluden zu können. K.

In der Volkshalle wird die erste Neuaufführung dieser Spielzeit Schillers „Kabale und Liebe“ sein.

Kunstausstellung. Am „Sturm“ ist eine größere Kollektion Zeichnungen und Aquarelle von Helm. Goering und Paul Kies ausgestellt.

Ein astronomischer Roman wird demnächst von Bruno v. Bärzel dem bekannten Populärwissenschaftlichen Schriftsteller, erscheinen.

Deutscher Bühnenbund in Oberkassau. Das Stadttheater in Kallowitz, geleitet von Paul Barnay, wird seinen Winterbetrieb ganz in den Dienst des deutschen Gedankens stellen. Nach einer Serie von Kommerzialisierungen, bestritten von Werken Strindbergs, Wedekinds, Schnitzers, Hauptmanns, Stöcklens und der deutschen Uraufführung von Leopold Scherer's „Lump“, ist zumal ein Ring von Aufführungen germanischer Dramen abzugeben. Schiller, Goethe, Heine, Keller, Deibel, Müllers, Hauptmann, Keller und Stufen geplant. Innerhalb dessen auch zahlreiche bedeutende Werke in Kallowitz wiederholt aufgeführt werden. Solchen Kulturarbeitern läßt man sich gefallen!

Musikumschulen für Berlin. Karl Holer, der in Berlin lebende Vater, hat ein großes Projekt für das Berliner Museum vollendet. Als Thema war der Einfluß der Musikern von Jochims gewählt. Das Berliner Museum hat einen riesigen Appellat — von den Musikern der Sirenia Eins — der nach den Bestimmungen einer Stiftung mit Acciden abgemittelt werden soll. Vor dem Krieg hat Otto Hellner bereits ein solches Wandbild angefertigt.

Was heißt „Mama“? Du ahnst es nicht, Leser. Es ist kein Trübsinnler für Mama; auch keine romantische Kolofon für das Tier, das Man macht. Nein, es ist eine der besten Wortzusammenstellungen und Verbindungen für das bürgerliche Bewußtsein. Es heißt: „Mittelbühne und die Wäcker“. Wäre „Mit-Aus-Wag“ nicht ebenso lächerlich?

Die Wäcker in Paris. Die französische Kammer nahm einen Kredit von 500000 Francs für die Errichtung einer muslimanischen Universität und den Bau einer Wäcker in Paris an. Werdepoll!